

Die mir von verschiedenen Autoren unterstellte einseitige Adressatenschaft, z. B. bei den diakonisch-spirituellen Optionen nur nichtleitende Mitarbeiter im Blick zu haben, weise ich als falsch zurück, ebenso den Einwand es würde mir um die weltanschauliche Herkunft derer gehen, die die diakonische Arbeit verrichten (vgl. HK, April 1993, 178). Statt dessen unterstreiche ich, daß jeder in der kirchlichen Caritas mitarbeiten kann, wenn er sich freiwillig mit dem kirchlichen Auftrag identifiziert. Unumgänglich erscheint mir dabei, die Gradualität dieses Identifikationsprozesses zu respektieren (vgl. Pompey, a. a. O. S. 99). Nur für solche Einrichtungen und unter Berücksichtigung dieser Bedingungen habe ich die theologische Praxis der kirchlichen Diakonie leitbildhaft beschrieben. Interessant und inspirierend wäre es, wenn in der entsprechenden Fachdiskussion ebenfalls theologisch begründete und praktisch-theologisch operationalisierte konkrete Ausführungen dargelegt würden. Ob der empfohlene „Mangel an Eindeutigkeit“ (vgl. HK, April 1993, 179) eine Lösungsperspektive für die genannten Probleme der Mitarbeiter und der Kirche darstellt, bleibt anzufragen.

Für sozial-pastorale Einrichtungen mit einer auch für Außenstehende erkennbaren und plausiblen christlich-kirchlichen Ausrichtung könnte die obige Mitarbeiterverpflichtung zur Identifikation mit dem kirchlichen Auftrag von Caritas erhal-

ten bleiben, damit im Geiste des Grundgesetzes und entsprechender Auslegungen die freie Religionsausübung der Kirche (z. B. Tendenzschutz, usw.) für ihre Diakonie garantiert bleibt.

Angeichts der Konflikte und der Glaubwürdigkeitskrise der Kirche und ausgehend von den Realitäten in Gesellschaft und Kirche wie zur Entlastung der Mitarbeiter/innen habe ich die referierten Konfliktlösungsperspektiven vorgeschlagen: den arbeitsvertraglich eingeforderten Anspruch, „sich mit dem kirchlichen Auftrag zu identifizieren“, für die meisten Mitarbeiter/innen in Caritaseinrichtungen zu mildern und dies nur für Caritaseinrichtungen beizubehalten, wenn es die Mitarbeiter/innen ausdrücklich möchten bzw. wenn es sich um Einrichtungen handelt, die Christen eines Bistums oder einer Gemeinde hauptamtlich oder ehrenamtlich tragen und versorgen.

Inwieweit im Sinne meiner Anregungen derzeit ein faktischer Entscheidungsbedarf bzw. Leidensdruck bei Mitarbeitern/innen und Trägern besteht, müssen Caritasverbände bzw. Kirche selber entscheiden. Eine repräsentative Mitarbeiterbefragung, wie sie vor vielen Jahren für Priester, Laientheologen etc. in der Kirche durchgeführt wurde, könnte den Caritasverbänden und der Kirche bei der Entscheidungsfindung eine Hilfe sein. „Die Wahrheit macht frei!“ – Man kann aber auch alle Veränderungen der Geschichte überlassen. *Heinrich Pompey*

Kurzinformationen

Ökumenischer Arbeitskreis äußert sich zur ostdeutschen Tarifaueinandersetzung

Als riskantes Spiel mit der Tarifautonomie, die sich als soziale Friedensordnung in der Bundesrepublik bewährt habe, kritisierte Ende April der Ökumenisch-sozialethische Arbeitskreis Kirche und Gesellschaft die einseitige Kündigung des Stufentarifvertrages durch die Arbeitgeber der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Damit sei ein gefährliches politisches Signal gegeben worden, das sicher Nachahmer finde. Sollte jedoch die grundsätzliche Vertragstreue eine der Tarifparteien brüchig werden, verlören Tarifverträge ihre Funktionsfähigkeit, denn die Verbindlichkeit für die Dauer der Laufzeit sei zugleich ihr Kernstück. Überdies sei,

so die siebenseitige wirtschaftsethische Stellungnahme, in der einseitigen Kündigung durch die Arbeitgeber die Auswirkung einer Politik erkennbar, die seit längerer Zeit die Schwächung der Tarifautonomie und der Verhandlungsposition der Gewerkschaften bewußt betreibe. Seine Kritik an der nicht verhältnismäßigen, nicht ursachen- und nicht zielgemäßen Maßnahme der Arbeitgeber, verband der Kreis – dem der Leiter des Oswald-Nell-Breuning Institutes für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, *Friedhelm Hengsbach*, angehört – mit einem sieben Punkte umfassenden Grundsatzkatalog zur Tarifautonomie als Bestandteil einer gesellschaftlichen Friedensordnung: So wie diese einerseits dazu diene, die Schiefelage der Verhandlungsmacht einzelner ArbeitnehmerInnen gegenüber

dem Arbeitgeber auszugleichen, profitierten die Arbeitgeber selbst von den durch sie geschaffenen vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen, der größeren Transparenz auf dem Arbeitsmarkt und der für die betriebliche Organisation und das Betriebsklima erforderlichen Stabilität. Über den arbeitsmarktförmigen Interessenausgleich hinaus aber seien Tarifverträge vor allem „Friedensordnung“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Bisher habe sich das Tarifvertragssystem als Standortvorteil der Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb bewährt. Ein Einbruch in das Vertragssystem müßte im letzten durch staatliche Eingriffe aufgefangen werden. Das Gegenstück zur Tarifautonomie heiße demnach nicht „Mehr Markt“, sondern „Mehr Staat“. Als gefährliche Zer-

störung von Solidarität in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung hatte auch der Arbeitslosenbeauftragte der EKD, *Eduard Wörmann*, die einseitige Vertragsauflösung bezeichnet.

Johannes Paul II. rief zu Widerstand gegen das organisierte Verbrechen auf

Johannes Paul II. hielt sich vom 8. bis 10. Mai zu einem dreitägigen Pastoralbesuch in Sizilien auf. Der Papst nutzte diese Reise zu zahlreichen Appellen zur Umkehr an die Adresse der Verantwortlichen von Mafia-Morden. Zum Abschluß eines Gottesdienstes im „Tal der Tempel“ in der Nähe von Agrigent rief der Papst aus, das Gesetz „Du sollst nicht töten“ dürfe nicht mit Füßen getreten werden. Sizilien habe ein „Recht auf Frieden“. Das sizilianische Volk könne nicht unter dem Druck einer „Zivilisation des Todes“ leben: „Im Namen des auferstandenen Christus, der der Weg, die Wahrheit und das Leben ist, sage ich den Verantwortlichen: Kehrt um. Eines Tages wird das Gericht Gottes kommen“. In einer Begegnung mit der Bevölkerung von Trapani verurteilte der Papst das organisierte Verbrechen als „Frucht des Teufels“. In Trapani traf der Papst auch mit Angehörigen der vermutlich von der Mafia ermordeten Richter *Giovanni Falcone* und *Paolo Borsellino* zusammen. Die Witwe von Borsellino sagte im Anschluß an das Zusammentreffen mit Johannes Paul II., man sei dem Papst nicht nur für seine Worte der Ermutigung und der Hoffnung dankbar, sondern auch dafür, wie er gesprochen habe: „mit heiligem Zorn“. Die Jugend Siziliens rief der Papst bei einem Treffen in Agrigent auf, sich von der „Mafia-Kultur“ und einer „Mafia-Mentalität“ loszusagen. Sizilianische Industrielle rief der Papst zum Einsatz für eine generelle Erneuerung der Politik und zu einer entschiedenen Orientierung am Gemeinwohl auf. Dringend notwendig sei eine „Reinigung von der trüben Logik der Klientelwirtschaft“, die die „Erfahrung von

Demokratie zutiefst vergiftet“. Vor Wissenschaftlern in Erice warnte der Papst vor einem „Holocaust der Umwelt“, nachdem die Gefahr eines „nuklearen Holocaust“ durch die Überwindung der Spaltung der Welt in einander entgegengesetzte politische und ideologische Blöcke weitgehend abgewendet sei.

Auseinandersetzungen um das Frauenbildungszentrum der EKD

Seit Monaten schwelt ein Konflikt um das neu geschaffene Frauenstudien- und -bildungszentrum der EKD, das zum 1. Januar 1993 seinen Betrieb aufnehmen sollte. Die mit knapper Mehrheit getroffene Entscheidung des Rates der EKD, die Pädagogin *Herta Leistner*, zuvor Studienleiterin der Evangelischen Akademie Bad Boll, und die Frankfurter Pfarrerin *Renate Jost*, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der dortigen Universität, als Studienleiterinnen für das von der EKD-Synode 1991 ins Leben gerufene Frauenzentrum in Gelnhausen zu berufen, stieß auf heftigen Protest und fand ebenso entschiedene Verteidiger. Wegen der dezidiert feministischen Position der beiden Berufenen und dem Bekenntnis Leistners zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft wandten sich mehrere weibliche Synodale und Vertreter des Gnadauer Verbandes und der Konferenz Bekennender Gemeinschaften an den Rat der EKD, er möge die personelle Entscheidung zurücknehmen, da mit dieser die Mehrheit der evangelischen Frauen ausgeschlossen bleibe und Polarisierung und Spaltung der Kirche vorangetrieben würden. Auch die evangelischen Theologieprofessorinnen *Abramowski*, *Aejmelaeus*, *Aland*, *Axmacher*, *Bornkamm*, *Mager*, *Schneider-Flume* und *Wendebourg* forderten die Revision aufgrund der zu befürchtenden Diskriminierung Andersdenkender und um einen „weiteren Schritt der Institutionalisierung der feministischen Theologie“ zu verhindern, der die von Frauen betriebene Theologie ghettoisiere. Dagegen be-

kräftigte die Sprecherin des Kuratoriums des Frauenzentrums, *Hildegard Zumach*, in mehreren Stellungnahmen die Entscheidung, unterstützt durch die EKD-Frauenreferentin *Sigrid Häffner*, die Frankfurter Pröpstin *Helga Tröskken*, die Hamburger Bischöfin *Maria Jepsen*, die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung und den bayrischen Mütterdienst unter dem Hinweis auf die ausgewogene Arbeit Leistners in Bad Boll, die ausgewiesene Kompetenz der beiden Studienleiterinnen und die Notwendigkeit, bei der Rede von der feministischen Theologie differenzieren zu müssen. Ebenso wie die letztgenannten wandte sich auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten gegen eine mit der Ablehnung verbundene Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft. Bei seiner Sitzung vom 24. April bestätigte der Rat der EKD die Berufung von Leistner und Jost, beantragte jedoch für die Synodaltagung im November eine Aussprache über die Konzeption und Arbeit des Zentrums.

Jahrestreffen der niederländischen „Achter-Mai-Bewegung“ in s'Hertogenbosch

Die aus einem Großtreffen unmittelbar vor dem Besuch Johannes Pauls II. in den Niederlanden 1985 hervorgegangene „Achter-Mai-Bewegung“ hielt am 8. Mai ihr diesjähriges Treffen in der südniederländischen Bischofsstadt s'Hertogenbosch ab. Die „Achter-Mai-Bewegung“ ist ein Dachverband von inzwischen über hundert Gruppen, Bewegungen und Institutionen, die auf dem „progressiven“ Flügel des niederländischen Katholizismus angesiedelt sind. Das diesjährige Treffen in Den Bosch, zu dem etwa 10000 Menschen kamen, stand unter dem Thema „Mit Herz und Seele“ und befaßte sich u. a. mit dem Verhältnis von christlichem Glauben und New-Age-Bewegung, mit der gegenwärtigen Krise der politischen Linken, dem Stand der Ökumene und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Bischöfe waren auch diesmal nicht zu

dem Treffen gekommen; allerdings hatte der Utrechter Weihbischof *Jan Nienhaus* kurz zuvor erklärt, er fühle persönlich eine „starke Verwandtschaft“ mit den Teilnehmern des Treffens und wolle die „Achter-Mai-Bewegung“ gerne kennenlernen. Unter den Teilnehmern war der Generalvikar von Rotterdam, *Jan Zuidgeest*, der als möglicher Nachfolger für den unter noch immer nicht wirklich geklärten Umständen kürzlich zurückgetretenen Bischof *Philipp Bär* im Gespräch ist. Mit der Situation in der niederländischen Kirche nach dem spektakulären Rücktritt des Bischofs von Rotterdam (vgl. HK, April 1993, 229) befaßte sich eine Veranstaltung, zu der die „Achter-Mai-Bewegung“ zwei Tage vor ihrem großen Treffen ebenfalls nach Den Bosch eingeladen hatte. In einer zum Abschluß der Veranstaltung vorgelegten Erklärung heißt es u. a., die Teilnehmer hätten darin erinnert, daß niederländische Katholiken schon seit zwanzig Jahren für eine demokratische, mit der heutigen Gesellschaft verbundenen Kirche kämpften, während die Kirchenleitung dem entgegengewirkt habe. Die „Achter-Mai-Bewegung“ hoffe, daß die Zusammenkunft in Den Bosch zum Beginn einer „breit angelegten Beratung über die zukünftige Leitung der Organisation der katholischen Kirche in den

Niederlanden“ werde. Beim Großtreffen am 8. Mai sagte die Vorsitzende der Bewegung, *Hedwig Wasser*, man wünsche den Bischöfen Kraft, Mut und Weisheit, um aus ihrer Isolierung herauszufinden. Die Bischöfe forderte Frau Wasser auf, Offenheit zu zeigen und den Leitungsstil in der niederländischen Kirche zusammen mit der ganzen Glaubensgemeinschaft zu überdenken.

Polnische Bischofskonferenz wählte neuen Generalsekretär

Auf ihrer Frühjahrsvollversammlung wählte die Polnische Bischofskonferenz den aus Südpolen stammenden Weihbischof *Tadeusz Pieronek* zu ihrem neuen Generalsekretär. Er ist damit Nachfolger von Erzbischof *Bronislaw Dabrowski*, der dieses Amt über 24 Jahre innehatte und mit Erreichen der Altersgrenze zurücktrat. Die Wahl des neuen Generalsekretärs wurde allgemein sehr positiv aufgenommen. Pieronek gilt als Mann „des Dialogs und der Versöhnung“, als Vertreter eines neuen Handlungsstils der Kirche im heutigen Polen. In Verbindung mit der Neugliederung der polnischen Bistümer (vgl. HK, Mai 1992, 202 f.) war Pieronek vor einem Jahr zum Weihbischof der schlesischen Diözese Sosnowiec ernannt und zum

Vizesekretär der Bischofskonferenz gewählt worden. Seit 1987 ist er Generalsekretär der gesamtpolnischen Synode, die noch bis 1997 dauern wird. Dem Generalsekretär der Bischofskonferenz kommt in der polnischen Kirche traditionell eine starke Stellung zu, gerade auch deshalb, weil er für die Kontakte zur Regierung und anderen wichtigen staatlichen Stellen zuständig ist. Mit dem Namen Dabrowski verbinden sich Erinnerungen an schwerwiegende Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche zur Zeit der kommunistischen Herrschaft, bei denen dieser eine Schlüsselstellung innehatte. In einer Erklärung zum Abschluß der Vollversammlung äußerten sich die Bischöfe zur anhaltenden Diskussion über die Stellung der Kirche innerhalb der erneuerten polnischen Gesellschaft. Die Kirche wolle niemandem christliche Prinzipien aufzwingen, betonten die Bischöfe. Sie habe aber das Recht, auch von der Gesellschaft die Achtung christlicher Werte zu fordern. Privilegien strebe man nicht an. Bei der Verteidigung der Werte des Evangeliums gehe es ihnen auch um die Abwehr von Nihilismus und moralischem Chaos. Die Bischöfe zeigten sich darüber besorgt, daß in Politik und Wirtschaft moralische Prinzipien keine Geltung mehr besäßen.

Bücher

REINHARD FRIELING, *Der Weg des ökumenischen Gedankens. Eine Ökumenekunde.* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1992, 376 S., 25,80 DM.

Das Buch von Reinhard Frieling füllt eine Lücke: Es fehlt zwar nicht an Lexika und umfangreichen Handbüchern, die über Entwicklung und Stand der ökumenischen Bewegung Auskunft geben, aber bisher gab es keine kompakte Gesamtdarstellung, die auf vergleichs-

weise engem Raum so viele Aspekte des Themas Ökumene behandelt. Frieling, Leiter des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, kennt die ökumenische Szene durch theologische Arbeit und durch eigene Anschauungen wie wenig andere. Sein Buch informiert über die Geschichte der modernen ökumenischen Bewegung in ihren verschiedenen Strängen vor allem anhand der großen Konferenzen bzw. Vollversammlungen, gibt ei-

nen soliden Überblick über die ökumenischen Aktivitäten und Positionen der verschiedenen Konfessionsfamilien von Katholiken und Orthodoxen über die reformatorischen Kirchen bis zu den unabhängigen Kirchen und befaßt sich im zweiten Hauptteil mit den verschiedenen Elementen ökumenischer Theologie und ökumenischer Bewegung, wobei hier ein breites Spektrum einbezogen wird: Die Bibelbewegung, die Missionsbewegung und die Friedensbe-